

DIE RADIKALDEMOKRATISCHE HOCHSCHULPOLITIK IN HAMBURG

Zu Beginn des SS 1967 hatte der SDS Hamburg eine Hochschulstrategie entwickelt (vgl. E. Neckermann, Hochschulpolitik in Hamburg), die auf der Lehre des Genossen Mao Tse-tung und den Erfahrungen des Berliner SDS beruhte.

Es bestand ein 3-Phasenplan:

1. Die "defensive Phase" sollte mit dem SS 67 zusammenfallen und durch theoretische Akkumulation in Fragen der Hochschulreform sowie dem Einnisten in die Fachschaftsräte gekennzeichnet sein. Mit dem SP-Wahlkampf am Ende des SS sollte
2. die "Übergangsphase" beginnen, in der schon einzelne radikale Minderheitenaktionen gegen die Universitätsadministration zu starten sind. Bis Weihnachten war der Übergang in
3. die "offensive Phase" geplant, die durch eine Politik der permanenten Universitätsrevolte, mit der studentischen Massenaktion als Hauptkampfmittel (teach-in, go-in, sit-in) gekennzeichnet ist.

Der Ansatz unserer Hochschulkritik war in seiner wissenschaftlichen Methode ideologiekritisch und in seiner politischen Praxis radikaldemokratisch. Für eine revolutionäre Politik fehlte uns die Voraussetzung, nämlich die Analyse der Hochschule als Produktionsstätte von qualifizierter Arbeitskraft und theoretischen Produktionsmitteln. Das Fehlen einer materialistischen Analyse des Sektors der geistigen und pädagogischen Produktion erklärt den voluntaristischen und anarchistischen Anstrich unserer Politik, die in den direkten Aktionen ihr Artikulationsmedium suchte und so selbst auf den sozialistischen Anspruch oft verzichtete.

Die gesellschaftlichen Widersprüche aktualisierten sich schneller, als wir erwartet hatten, insbesondere durch scheinbar "ausserpolitische" Ereignisse wie den Schah-Besuch. Die Aktionen, die auf den 2. Juni folgten exemplifizierten sowohl die Stoßrichtung unserer Politik wie vor allem die Abwiegungsstrategie der sozialdemokratischen Studentenpolitiker. Der SHB-ASTA startete eine studentische Aufklärungskampagne für die sogenannte Bevölkerung: Das hatte die objektive Funktion, die durch Ohnesorgs Tod mobilisierten Studenten von den gesellschaftlichen Fesseln ihres eigenen Arbeitsplatzes abzulenken und eine Verschärfung inner-universitärer Widersprüche zu verhindern. Der Hamburger SDS erkannte, daß es notwendig war, die außer-universitär aufgebrochenen Widersprüche inner-universitär zu konkretisieren und organisierte - unter Vorwegnahme der gegenwärtigen Bestrebungen - zu einem hochschulpolitischen Linkskartell mit Beteiligung aller progressiven Gruppen eine Arbeitstagung mit dem Thema "Polizeiterror und Ordinarienuniversität". Der Zusammenhang aber wurde mehr geahnt als aufgewiesen, das Fehlen einer sozialistischen Hochschulanalyse durch Verbalradikalismen kompensiert. Die sozialdemokratische Linie blieb unangefochten.

Im grossen und ganzen lief unsere radikaldemokratische Hochschulstrategie nach Plan: mit der denkwürdigen Rektoratsfeier vom 9. November 67 eröffnete der Hamburger SDS die offensive Phase seiner Hochschulpolitik. Sodann folgte Aktion auf Aktion: Podiumsdiskussionen, teach-ins, Vollversammlungen, Belagerung einer Sitzung des akademischen Senats, regelmässige Sprengung der Wenke-Vorlesung und Umwandlung in ein KU-Seminar, Kirchen-Aktion gegen Thielielcke, dem Wenke-Freund, Bundeswehraktion gegen Thielielcke-Freund General Wolff, hochschulpolitische Diskussionen in den Vorlesungen von Mitgliedern des Akademischen Senats, Rektoratsbesetzung und Verhör des Rektors, Hofstätter-Aktion und Sprengung einer Rektor-Wahl. Am Ende des WS 67/68 erlangte der SDS eine starke Parlamentsfraktion und Einfluss in den Fachschaften. Im SS 68 schloß die "Politik der permanenten Hochschulrevolte ein.

Unser wichtigstes strategisches Planziel war die dauerhafte Mobilisierung von ca. 2000 Studenten. Das erreichten wir zwar zeitweise, nicht aber dauerhaft, weil wir a) über keine revolutionäre Theorie, d.h. eine materialistische Analyse unserer sozialen Basis verfügten und b) in unseren Organisationsmodellen (Satzungsentwurf, Hochschulgesetzentwurf) an der Fiktion einer Gesamtstudentenschaft festhielten, anstatt mit der jeweils mobilisierten Minderheit räteartige Organisationsformen zu praktizieren, die eine langdauernde Doppelherrschaft an der Universität hätten einleiten können; c) vernachlässigten wir bei Erreichen einer neuen Phase des Kampfes die politische Methode der vorhergehenden, was zu einer Auszehrung der theoretischen und organisatorischen Substanz unserer Gruppe führte.

Die Möglichkeit einer radikaldemokratischen Politik, die für eine sozialistische Organisation natürlich nur eine Mobilisierungsstrategie zur primären Initiation einer revolutionären Bewegung unter den Bedingungen legalitärer Demokratie sein kann, sind im Bereich der Hochschule ausgeschöpft. Zur ursprünglichen Politisierung eines noch jungfräulichen sozialen Sektors dürfte die Mobilisierungsstrategie immer wieder ihre Aufgabe erfüllen. Die Uni ersität hingegen ist reif für die sozialistische Kritik.

Nun dürfen wir nicht mehr in den Fehler verfallen, die ideologiekritische Methode und die radikaldemokratische Agitation überhaupt nicht mehr im Hochschulbereich anzuwenden. Sie hören nur auf, das politische Kampfmittel zu sein.

Um einen neuen Sturm auf die Festung Wissenschaft entfachen zu können, brauchen wir eine lange und gründliche Konsolidierungsphase, in welcher wir und in mobilen total-kooperativen (kommunen) organisieren. Die vor uns liegende Rückzugsperiode darf also nicht mehr der Schulung und Ausarbeitung materialistischer Analysen sowie der Neuorganisation gewidmet sein, sondern auch der materiellen Vorbereitung des Widerstands.

* radikaldemokratische

KRITIK UND MÖGLICHKEITEN EINER POLITIK INNERHALB DER STUDENTISCHEN INSTITUTIONEN

Der Übergang vom Wintersemester 67/68 zu Sommersemester 68 war für den SDS Hamburg gleichbedeutend mit dem Wechsel seiner Strategie. Galt es im Wintersemester mittels direkter Aktion und Massenveranstaltung die Mobilisierung von mindestens 1 500 Studenten zu leisten, was letztlich auch weitgehend erreicht wurde, so stand für das Sommersemester im Zentrum unserer Aktivität, neben den grossen ausser-universitären Aktionen wie Notstand und Ostern, der Versuch, die plebiszitär - oft manipulativ - gewonnenen Initiativen des Hochschulwinters institutionell zu verankern, um dann auf dieser Grundlage den Prozeß weiterzutreiben. Deshalb organisierte der SDS einen gut vorbereiteten Wahlkampf mit eigenen Wahlkampfpapern und einer grossen Zahl von Kandidaten, die nach der Wahl innerhalb des Parlaments eine qualitativ nicht unerhebliche Fraktion darstellten. Die neue Strategie lautete verkürzt: Der Marsch durch die studentischen Institutionen mit dem Ziel, diese entsprechend der vom SDS entwickelten und im Wahlprogramm niedergelegten Kriterien umzufunktionieren. Objekt dieser Analyse sind die Ursachen des Scheiterns.

Der Ansatz der Überlegungen, daß gerade die präzise Konzeption innerhalb des eigenen politischen Bereichs für die Existenz und politische Effizienz der Organisation von eminenter Bedeutung ist, bleibt unbestreitbar richtig. Für den SDS erweist sich somit als primär relevanter Bereich politischer Praxis die Universität. Auch die Entscheidung, auf dem Gipfelpunkt der Mobilisierung - d.h. nach einem Semester intensiver und zum Teil sicher erfolgreicher Hochschulpraxis - sich im Wahlkampf zu engagieren, um dann die vorher entwickelten Pläne praktisch umsetzen zu können, ist formal-taktisch nicht falsch. Aber gemessen werden muß dieser Marsch durch die Institutionen an der seit langem formulierten politischen Projektierung - nämlich Demokratisierung der Hochschule bis hin zur konkreten Übernahme und Neubestimmung der Universität durch alle ihre Mitglieder - und es stellt sich die Frage, ob und in wie weit dieses politische Ziel erreicht wurde oder überhaupt erreicht werden konnte. In wie weit also diente die Beteiligung am Studentenparlament, Fachschaften und Kritischer Universität der permanenten Mobilisierung kritischen Bewußtseins an der Basis.

Auch das Studentenparlament basiert wie jedes Parlament auf den Prinzipien einer unverbindlichen-Delegation wie ebenso unverbindlicher Repräsentation. Die diesem System immanenten Gefahren konnten auch in Hamburg nicht ausreichend gemeistert werden, und es erfolgte eine zunehmende Lösung der gewählten Interessenvertreter von ihrer studentischen Basis und schließlich eine tendenzielle Verselbstständigung des Parlaments als Institution. Nicht einmal eine ausreichende Kommunikation innerhalb der SDS-Fraktion oder dieser Fraktion mit der SDS-Gruppe konnte wegen mangelnder individueller Aktivität bei gleichzeitiger ausserparlamentarischer Überbelastung hergestellt werden. Bei den Wahlen zum Studentenparlament und in der direkt darauffolgenden Phase erwies sich dieses Engagement als hemmend für die Selbstinitiative der bereits politisierten wie noch apolitischen Studenten, da die parlamentarische Minorität die Masse der Studenten der eigenen Verantwortung enthob. und der abzubauenen Institutionsgebundenheit und Institutionsgläubigkeit der Studenten laufend neuen Vorschub leistete. Dieses Dilemma kulminierte in dem "erst mal abwarten, was der AStA macht oder das Parlament beschließt" und der Hoffnung und Überzeugung, "die gewählten Studentenvertreter werden's schon machen". Die weit fortgeschrittene Bürokratisierung des institutionierten Vertreterorgans Studentenparlament blockierte zudem die nötige kreative Spontaneität der Parlamentarier selbst mittels der sterilen Mechanismen wie Satzung und Geschäftsordnung. Die Verselbstständigung des Parlaments von seiner studentischen Basis wird deutlich an dem häufig auftretenden Widerspruch zwischen den von den SP verabschiedeten Anträgen und den Aktionen und politischen Forderungen eines großen, genauer des emanzipierten Teils der Studenten.

Der qualitative Unterschied von spontaner Selbstinitiative der Massenaktion und deren parlamentarischem Korrelat - dem verabschiedeten Antrag - braucht nicht weiter erläutert zu werden. Er ist schlicht evident. Der Verdacht liegt nahe, daß die studentische Revolte durch dieses Parlament inklusive seiner personellen Besetzung wie geleisteten Arbeit erheblich an Stoßkraft verloren hat. Die Überprüfung der politischen Aktivitäten der letzten Semester zeigt, daß alle wirklich politischen und praxis-relevanten Entscheidungen innerhalb der politischen Hochschulgruppen, vornehmlich SHB und SDS getroffen worden sind und nicht innerhalb des Parlamentes. Die Stellungnahme des Parlaments vor und nach diesen Aktivitäten war letztlich ohne Einfluß auf deren Entwicklung.; sie bedurfte gar nicht der Sanktionen durch das Parlament, sobald es den politisch relevanten Organisationen gelungen war, eine Mobilisierung an der Basis

in Gang zu setzen. Dem Hamburger Parlament blieb nur Akklamiation oder Kritik und damit meistens Distanzierung von ausserparlamentarischen und studentischen Initiativen. Entscheidender Fehler des SBS in diesem Zusammenhang war, daß es ihm nicht gelungen ist, die universitären Konflikte auf der Bühne des Parlamentes rechtzeitig zu aktualisieren und artikulieren, um so die Reaktivität dieses Organs zu überwinden und zu dessen Politisierung beizutragen. Stattdessen erfolgte eine fast vollkommene Integration der Genossen in die parlamentarische Maschine mit ihrem oberflächlichen, oft nächtelangen Kampf um gleich welche Anträge, der die faktische politische Impotenz dieses Parlaments bald auch nicht mehr vertuschen konnte und deutliche Frustrationserscheinungen bei den Beteiligten hinterliess. Die Trennung und Nichtöffentlichkeit seiner Exekutive, des AStA, beschleunigte den Prozeß der politischen Entfunktionalisierung, an dem nachweislich und wie angedeutet die politischen Parlamentarier, die Genossen, entscheidend beteiligt waren.

Auch wenn von diesem Parlament keine weitertreibende politische Praxis zu erwarten war, so müssen wir doch die Frage klären, ob das StP für die politische Organisation als Bühne der Information, Agitation und Propaganda nutzbar ist. Voraussetzungen für solch eine Nutzung sind

1. ausreichende Öffentlichkeit bei jeder Sitzung und
2. ein initiativerer Organisationsfluß vom Parlament zur studentischen Öffentlichkeit. Beides war und ist in Hamburg nicht gegeben. Die Öffentlichkeit der Sitzungen übersteigt kaum die Anzahl von 30 Gästen und die laufende Information der Studenten über die Arbeit ihres Parlaments durch AStA oder den Präsidenten ist seltener als sporadisch. Diese Mißverhältnisse zu bessern, wäre eine wichtige Aufgabe des SDS gewesen, wäre er von der Notwendigkeit der Anwesenheit von mehr als einem Dutzend Genossen im Parlament überzeugt. Ein einziges Mal gelang die Herstellung einer grossen studentischen Öffentlichkeit, unter deren Druck die SDS-Fraktion dann auch alle ihre Anträge und Forderungen durchsetzen konnte, mit dem Ergebnis, daß alle in dieser Sitzung gefällten Entscheidungen durch den Ältestenrat auf Betreiben der StP-Reaktion später annulliert wurden. Das offensichtliche Desinteresse der Studenten an den Parlamentssitzungen liegt neben mangelnder Propaganda zum einen an der ihnen durch die Geschäftsordnung des Parlaments aufgezwungene Konsumentenrolle während der Sitzung, zum anderen an der gebotenen frustrierenden Praxis des Parlaments selbst. Die Parlamentarier drehen sich Abend für Abend onanierend im Kreis und für die Parlamentarier blieb schließlich nur die Möglichkeit, auf dem Weg einer rhetorischen Qualifikation individuelle Barrieren abzubauen; eine Möglichkeit, von der leider auch viel zu wenig Gebrauch gemacht wurde.

Intern zu kritisieren ist, daß sich die sog. SDS-Fraktion eigentlich kooperativ hergestellt hatte. Die Vorbereitung auf die Sitzungen und die Kommunikation während der Sitzungen wurde empfindlich vernachlässigt. Letztlich fehlte das Bewußtsein von der zu erfüllenden Aufgabe, nämlich dieses Parlament zu politisieren und die ausserparlamentarischen Aktivitäten bereits auf dieser Ebene vorzubereiten. Sehr schnell entwickelten sich auch innerhalb der Fraktion die üblichen Autoritäten, die in patriarchalischem Gestus die Genossinnen des Parlaments an ihrer Eigenentfaltung hinderten und die anderen Genossen durch die permanente Blockade des Mikrophons zur Passivität verurteilten. Von Anfang an hätte die Fraktion des SDS die Gefahren einer Integration und der damit verbundenen sinnlosen Absorption reflektieren müssen, um darauf zu dringen, daß eine gewisse Gleichzeitigkeit der ausserparlamentarischen wie der innerparlamentarischen Aktivitäten, die allein die Isolation des Parlamentes von seiner Basis verhindert hätte, hergestellt wird. Es wäre ferner unsere Aufgabe gewesen, die institutionellen Voraussetzungen des parlamentarischen Ap-

parates durch unsere Praxis innerhalb dieses Apparates entscheidend zu verändern, mit dem Ziel, anstelle des bestehenden Persönlichkeitswahlrechtes ein politisches Listenwahlrecht durchzusetzen, das die Bildung politischer Fraktionen auf der Basis echter Interessenvertretung ermöglicht, anstelle des freien Mandats ein imperatives Mandat zu institutionalisieren und die permanente Abwählbarkeit der Parlamentarier zu erzwingen, um eine ständige Kontrolle und Einflußnahme der studentischen Öffentlichkeit zu gewährleisten.

Für den SDS gilt es, die Hochschulrevolte voranzutreiben und damit die Demokratisierung von unten tendenziell zu ermöglichen. Die Hauptaufgabe des SDS im Hochschulbereich liegt deshalb aber nicht ausschließlich außerhalb des Parlaments in der Organisation plebiszitärer Aktionen auf der Basis direkt studentischer Kontrolle: Das Herstellen nicht parlamentarisch kanalisierter sondern direkter Demokratie mit dem Student als Subjekt der Veränderung. Dieses Ziel lässt sich durch Reflektion einer intensiv geleisteten ausserparlamentarischen Hochschulpolitik sicher auch durch die parlamentarischen Hebel verwirklichen, wenn es uns gelingt, diese entsprechend zu verändern, um sie früher oder später überflüssig werden zu lassen zu Gunsten der angestrebten Selbstorganisation.

In ähnlicher Weise, wenn auch auf niedrigerer, aber praktischerer Ebene reproduzierten sich die gleichen institutionellen Schwierigkeiten auf Fachschaftsebene. Der anfänglich sicher hoffnungsvolle Einsatz scheiterte auch hier einerseits an den vorgefundenen und durchmangelnde Initiative der SDSler in den Fachschaften nicht veränderten institutionalisierten Gegebenheiten, andererseits an der weit fortgeschrittenen und nicht überwundenen Isolation der Fachschaften von ihrer studentischen Basis. Die Fachschaftssitzungen entwickelten sich zu Parlamentssitzungen en miniature, bei denen der entscheidend radikale Ansatz einer radikalen materiellen Analyse der Widersprüche und Mißstände innerhalb des speziellen Faches nicht geleistet wurde. Stattdessen begnügte man sich mit den täglich anfallenden kleinen Aufgaben und einer letztlich wieder faschistoiden Praxis bei niedrigem Mobilisierungseffekt und massivem Zeitverschleiß. Kritisiert werden muß, daß die Aufgabenstellung der einzelnen Fachschaftsmitglieder nicht kollektiv im SDS gefunden wurde und so eine Einordnung in die Gesamtkonzeption des SDS gesichert war; stattdessen stellte sich die Praxis dieser integrierten SDSler als individualistische, leider oft voluntaristische Akte dar, die den Anschein und Anspruch SDSverbindlicher Aussagen oft zu Unrecht trugen. Wenn wieder die Entscheidung \pm Fachschaftsarbeit ja oder nein - zu fällen ist, wäre zu diskutieren, ob für die Arbeit an der Basis, für die zu leistende Analyse und für das Kalkül aktueller, fachspezifischer Krisen die Arbeit innerhalb der Fachschaft überhaupt erforderlich ist, oder auch mit Rücksicht auf den Zeitgewinn diese Arbeit parallel, d.h. außerhalb der Fachschaft selbst, quasi eine Form von Doppelherrschaft zu projektieren wäre.

Die Kritik einer und mittels der studentischen Institutionen betriebenen Politik des SDS beinhaltet die Auseinandersetzung mit der Problematik der Kritischen Universität, verlangt wegen der unerfreulichen Erfahrungen eine Kritik dieser Kritischen Universität. Die zweisemestrigende Praxis der Kritischen Universität hat gezeigt, daß mit B i l l i g u n g der unkritischen Universität sich ein pseudo-kritisches Reservat etablieren durfte, gerade weil es die bestehende Universität nicht in Frage stellen, geschweige denn zu deren Veränderung beitrug. Anstelle des nötigen Alternativs-besser noch Gegenprogramms formulierte die Kritische Universität das Ersatzprogramm zu den bestehenden Leerstellen des Ausbildungsbetriebs, das seiner gefährlichen integrativen Funktion dann auch voll gerecht werden konnte. Resultat: die universitäre Abendschule, die sämtliche Fehler akademischer Zeitverschwendung reproduzierte. Auf der einen Seite zeigte sich schnell, wie Gewohnheiten Autoritätsbedürfnis und Leistungsdenken

bei der Assimilation von Wissen nicht überwunden werden konnte, auf der anderen Seite trat an die Stelle des universitären der studentische Dozent mit der gleichen autoritären Aura und den gleichen Vermittlungsschwierigkeiten. Die zunehmende Unlust aller Beteiligten an dieser Kanalisation kritischen Potentials ins geschaffene revolutionäre Freigehege, führte schließlich zum Zusammenbruch der Kritischen Universität. Für die zukünftige Praxis müssen Wege gefunden werden, die alten Fehler zu vermeiden um der erfolgreichen Umarmungstaktik und Hochjubelei durch die bestehende Universität die Ansätze zu nehmen.

Gegen den unreflektierten Positivismus in allen Wissenschaftsbereichen der Gesellschaft als unveränderlich begreift und allzu fraglos Daten gleich Norm setzt, stellt die erst zu leistende Kritische Universität ihr gesellschaftsbezogenes Verständnis von Wissenschaft. Um die überfällige Analyse der bestehenden Universität mit ökonomischen wie sozialwissenschaftlichen Instrumentarium zu erstellen, müssen wir uns endlich bemühen um neue Formen der Wissensfindung- und Vermittlung und deren adäquate prozessuale Organisation. Die Möglichkeit kollektiver Denk- und Lernprozesse sind aber nicht vorbestimmbar, aber entwickelbar in der Praxis der kritischen Universität. Da wir die erfahrene Dissoziation unbedingt vermeiden müssen, ist es die Hauptaufgabe jedes einzelnen Seminars, ein Gruppeninteresse in der Projektfindung und Projektdefinition herzustellen, das die Bedürfnisse der einzelnen Teilnehmer berücksichtigt und eine Identifikation mit dem Projekt und dessen Kooperation erst ermöglicht. Die Sitzung ist methodisches Experiment, das vor allem die eigene Arbeitsweise kritisiert und reflektiert und genügend Zeit findet für die Diskussion der Methodenfindung- und Veränderung, den der Konsens darüber ist Vorbedingung der Effizienz des Projekts selbst.

Der nächste praktische Schritt ist, die KU in die traditionellen Lehrveranstaltungen hineinzutragen um so die alte Universität zu zwingen, kritische Universität zu werden. Diese Präsenz mit Mitteln wie Störung, Umfunktionierung und Diskussion oder Gegenseminar, Hearing, Dokumentationen, Flugblatt und Wandzeitung, wird zur Grundlage von Veränderung und zeitigt zudem einen nicht zu unterschätzenden emanzipatorischen Effekt sowohl für die Initiatoren als auch für die Adressaten. Die Unterdrückung im traditionellen Lehrbetrieb kann nur auf diese Weise durchbrochen werden, um dann die Mitentscheidung aller Teilnehmer am Wissenschaftsprozess (der immer ein engagierter ist) durchzusetzen.

Die Definition Kritische Universität als Möglichkeit der permanenten Analyse des gesellschaftlichen Prozesses und des permanenten Eingreifens in diesen Prozeß muß tendenziell praktisch realisiert werden. Ausgehend von der Kritik am fachspezifischen, positiven Wissenschaftsbegriff ist die Kritik und Analyse der gesellschaftlichen Reproduktion der fachspezifischen Wissenschaften - die gesellschaftliche Funktion der Berufspraxis - zu erstellen. Entscheidend ist, daß nicht erst die Ergebnisse der Analyse der Öffentlichkeit vermittelt, sondern daß bereits die Ergebnisfindung öffentlich ist; d.h., daß neben den universitären Initiatoren vom Zeitpunkt der geleisteten Positivismuskritik an bereits die wirklich Betroffenen (z.B. Medizin: die Patienten; Pädagogik: die Schüler; Wehrpsychologie: die Soldaten) in das Projekt integriert werden. Daß die Kritische Universität dann nicht mehr Privileg der Studenten sondern grundsätzlich offen für alle gesellschaftlichen Schichten sein muß, ist selbstverständlich. Der Kampfwert der Kritischen Universität unter solchen Voraussetzungen als Möglichkeit der Revolutionierung der Hochschule und als Ansatz zur Veränderung von Gesellschaft schlechthin, muß überprüft werden und sich niederschlagen in der von uns zu leistenden Strategie.